



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die deutsche Revolution

Blum, Hans

Florenz [u.a.], 1897

Erster Abschnitt. Die deutsche Nationalversammlung (in den ersten vier Wochen ihres Wirkens)

[urn:nbn:de:hbz:466:1-64064](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-64064)

So kann's ja nicht fehlen!



Zum Bau der deutschen Flotte wurde von einem reichen Bankier ein Eichwald verehrt; mit den Vorarbeiten zum Einjäten soll bereits begonnen werden.
Faksimile aus den „Fliegenden Blättern“, 1848.

Erster Abschnitt.

Die deutsche Nationalversammlung (in den ersten vier Wochen ihres Wirkens).

Die frevelhafte Leichtfertigkeit und der klägliche Verlauf des Heckerputsches waren auch für den Ausfall der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung von großer Bedeutung. Wie Heinrich von Gagern in den Kreisen des gemäßigten Bürgertums und der oberen Stände, besaß Robert Blum damals in den breiten Volksmassen den größten Einfluß, sein Wort das bedeutendste Gewicht. Auch den Massen verhehlte Blum nicht sein Verdammungsurteil über den Heckeraufstand: „Hecker und Struve haben das Volk verraten durch ihre wahnsinnige Erhebung; es ist mitten im Siegeslauf aufgehalten; das ist ein entsetzliches Verbrechen“. Ebenso warme und freisinnige Volksfreunde wie er, hatten schon vor oder bei Ausbruch jenes Aufstandes in vielfach verbreiteten und aufgelegten Flugchriften ihre warnende Stimme an dieselben Volksmassen gerichtet. Eine der merkwürdigsten und eigentümlichsten Schriften dieser Art ist die von Friedrich Hundeshagen, „ehemals Bürger von Amerika, nun Bürger vom einigen Deutschland“, „Die Reform und nicht die Republik! Ein Wort an das deutsche Volk und zunächst an die Bewohner Badens“. Nachdem der wackere Mann seine langjährigen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bezüglich der Schattenseiten der dortigen, von den deutschen Radikalen überschwänglich gepriesenen Verfassungsverhältnisse und politischen, sittlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Zustände mit durchdringendem Scharfsinn klargelegt hat, schließt er die kurze Schrift von 16 Druckseiten mit den trefflichen Worten:

„Wer steht uns dafür, daß unsere neuen Herren Republikaner das Staatsruder besser zu führen wissen, daß sie auch bessere Säckelmeister (Kassenführer) sind als

jene Herren Radikalen (in Nordamerika und namentlich auch im Kanton Bern in der Schweiz seit 1831, die in 15 Jahren ein Kantonsvermögen von vielen Millionen verregiert haben). Wer sein eigenes Geschäft nicht gut führen, sein Hauswesen nicht gut verwalten kann, der mische sich nicht in den Staatshaushalt. — Freunde, Mitbürger, Deutsche, ich bin zum Schluß gekommen. Als erfahrener, gereifter, im Leben gestählter Mann rufe ich Euch zu: Keine Illusionen, keine Täuschungen, keine Revolutionen, keine Republik, sondern Reform, durchgreifende Reform, ein einiges Deutschland, ein nationales deutsches Parlament, kein Amerika, keine Schweiz, nein ein Deutschland wollen wir errichten, daß die Welt in Achtung sich vor ihm beugen soll. Darum die guten Bürger vorangestellt, und nicht die Schreier. Aber auch die Waffen bereit, denn wo keine Macht ist, ist auch kein Besitz.“

So gesunde und maßvolle Gedanken und Mahnungen fanden während der Wahlkämpfe auch bei den durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nun zum erstenmal an die Wahlurne berufenen Volksmassen Eingang und Gehör. Das bewies der Ausfall der Parlamentswahlen. Denn wie im Vorparlament, betrug auch in der deutschen Nationalversammlung die Zahl der unbedingten Anhänger der Republik nur einen verschwindenden Bruchteil des Parlamentes, das über 600 Köpfe umfaßte. Rechnete man diesen wenigen selbst noch die ganze radikal-demokratische Linke, unter Blums Führung, hinzu, so machten sie insgesamt kaum ein Viertel der Versammlung aus. Noch weit schwächer, nur etwa dreißig Köpfe stark, war die äußerste Rechte, die den vormärzlichen Grundsatz der „Legitimität“ verteidigte gegenüber dem Grundsatz der „Volkssouveränität“, von welchem alle übrigen Parteien der Nationalversammlung durchdrungen waren. Und die Ansichten der einzelnen Glieder dieses Häufleins waren noch mannigfaltiger und buntscheckiger wie die der Linken. Denn neben manchen Altjunkern, die nichts gelernt und nichts vergessen hatten, neben Ultramontanen und Stockösterreichern, die in Frankfurt gar nichts zu stande kommen lassen, oder das neue deutsche Reich willenlos zu ihren Füßen sehen wollten, zählten sich zu dieser „äußersten Rechten“ auch die ehrlichen freigesinnten Georg v. Vincke und Graf Schwerin-Putzar. Neben dem Fürsten Lichnowsky und Radowiz war Vincke ihr bester Redner; nur als Verteidiger der ungeschmälernten Rechte der preussischen Krone und der preussischen Staatsmacht gehörten Vincke und Graf Schwerin in diese Reihen; Vinckes Haltung war dabei treffend gezeichnet durch sein geflügeltes Wort vom „historischen Rechtsboden“.

Die große Mehrheit des deutschen Parlamentes aber war weder reaktionär noch revolutionär gesinnt, wenn es auch aus einer Revolution hervorgegangen war; ihr eifrigstes Streben war nach dem Ziel gerichtet, eine feste monarchische Ordnung an die Stelle des revolutionären Zustandes zu setzen. Trotz ihrer monarchischen Gesinnung aber, einigte sie sich mit der Linken, ja mit allen Mitgliedern des Parlaments — bis auf etwa dreißig Ultras der äußersten Linken und Rechten — in der Überzeugung, daß die konstituierende deutsche Nationalversammlung nach Soirons berühmtem „Einzig und allein“ verfahren,

d. h. bis zur Durchführung der Gesamtverfassung für Deutschland allein und aus eigener Kraft verfügen, regieren und konstituieren müsse. So verstand die überwältigende Mehrheit den Ruf des deutschen Volkes, der an sie ergangen war und sie auf die Sitze der Paulskirche geführt hatte. Denn undenkbar schien ihnen allen, nach den Erfahrungen der letzten 33 Jahre, daß ohne die Handhabung der durch die Märzrevolution dem Parlament errungenen Volkssouveränität die Vereinbarung über das künftige Verfassungswerk mit 39 Einzelregierungen, jemals gelingen könne. In dieser Überzeugung einigten sich von Anfang an reichlich neunzehn Zwanzigstel des ganzen Frankfurter Parlaments,

wenn auch noch Wochen vergingen, ehe bestimmte Fraktionen sich bildeten — nur die Linke unter Blum trat von Anfang an geschlossen auf — und dann weitere Monate, bis einzelne Gruppen zu den an das Parlament herantretenden entscheidenden Fragen Stellung nahmen. Das darf nicht überraschen, denn die Meisten waren sich beim Zusammentritt des Parlaments noch persönlich unbekannt, die Allerwenigsten besaßen parlamentarische Sicherheit und Erfahrung, und auch von diesen war kaum Einer gewöhnt, die eigenartige Mannigfaltigkeit seiner persönlichen Anschauungen und Überzeugungen der vorherrschenden Meinung der Freunde und vollends der Mehrheit von 600 Abgeordneten unterzuordnen. Alles das mußte erst gelernt sein. Trotz alledem aber fällt Heinrich v. Sybel (a. a. D. Bd. I, S. 171) über dieses erste deutsche Parlament das treffende Urteil:

„So stand es in einer Versammlung, welche von keiner früheren oder späteren in Deutschland an Geist und Talent, an Wissen und Beredsamkeit, an idealem Streben und edler Vaterlandsliebe übertroffen worden ist: es war die Bestätigung des alten



Brentano.

v. Vinde.

Vinde: Ich bewege mich, wie Sie sehen, meine Herren, rein auf dem historischen Rechtsboden.

Karikatur aus dem Parlament 1848.

Wortes, die Staatskunst sei die höchste Leistung des menschlichen Geistes, zu der man nur durch angeborene Genialität oder durch lange Schulung in strenger Methode gelange“.

Ganz ähnlich urteilt ein Abgeordneter der vorgeschrittensten Linken, W. Zimmermann, dessen farbige Schilderung von dem „Außeren der Nationalversammlung“ und dem Leben auf den Galerien sich an dieses Urteil unmittelbar anschließt (a. a. O. S. 743/749) und die wir hier — ohne im Einzelnen abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen — folgen lassen:

Seit der deutsche Name in der Welt genannt wurde, fand sich keine solche Fülle von berühmten oder bekannten Namen, von Talenten und Charakteren, von Berufsarten und Wirkungskreisen gemischt beisammen. Da saß nebeneinander der Abgeordnete des fernsten Preußens, wo der Kosack auf der Wacht steht, neben dem aus Welsch-Tirol, der das Deutsche nur gebrochen und die Sprache des Landes der Drangen als Muttersprache spricht; da saß der reichste Grundbesitzer Oberschwabens, der noch den Fürstenmantel trägt, und dessen Vater noch souverän war so gut als die Kronen von Preußen und Hannover, nicht weit von dem wackern Landmann, der seinen Maierhof im Traunkreise mit eigener Hand bebaut; da saßen der feureiferige Ritter des katholischen Glaubens, und der kühle dialektische Prediger der deutschkatholischen Gemeinde, der Lichtfreund, der Philosoph, der Bischof, der Pietist und der Jesuit auf einer Bank; alle Glaubensbekenntnisse Deutschlands waren vertreten, nicht wenig zahlreich auch das jüdische, und zwar das letztere durch ausgezeichnete Talente und Charaktere. Gegen sechshundert saßen auf den Bänken der Abgeordneten aus allen deutschen Gauen, und auch aus nicht deutschen. Welcher Reichthum von Physiognomien, welche Mannigfaltigkeit! und das Auge, das Hunderte überflog, es fand keine, die nicht durch irgend etwas bedeutend, über das gewöhnliche hinaus gewesen wäre. Da waren Gestalten von der jugendlich zartesten bis zum Greis mit Silberlocken; da hüpfte einer behend, wie in das Boudoir einer Dame, auf die Rednerbühne; dort streckte einer, von langer enger Kerkerhaft zusammengebrochen, und nur noch in Kopf und Herz elastisch, die leidenden Beine aus einem Lehnstuhl, in dem er halb sitzt, halb liegt. Wer ist der Mann mit dem antiken Kopfe des philosophischen Cato, der an zwei Krücken unter den Armen sich zu seinem Platz an der hohen Säule trägt? es ist der Mann, der siebzehn Jahre in der Verbannung in Frankreich gelebt hat, es ist der freisinnigste, edelste und geistvollste Abgeordnete der bayerischen Kammer von 1831, es ist Schüler von Zweibrücken. Nicht weit von ihm sitzt Sylvester Jordan von Marburg, der in Tirol, seiner Heimat, und in Kurhessen viel Verfolgte; weiterhin Stedtman, Rüder, Briegleb, und so manche Namen, die durch Verfolgung bekannt geworden, die sie um vaterländischer Bestrebungen willen erlitten hatten. Jordan — wie gesurcht, wie gealtert ist sein Antlitz, das nur noch die darüber hinzudende Leidenschaft bewegt! Ein Jüngling gegen ihn, mit dem schönen lichtvollen Kopf, sitzt vor ihm sein alter Lehrer und Meister Mittermaier, eine Gestalt voll Weisheit und Adel. Weiter rechts von ihm sitzt eine andere Berühmtheit, Dahlmann — welch ein Kontrast zwischen beiden! So eine Physiognomie existiert nicht mehr auf der Welt! rief einer, als er ihn sah. Und dort an der Mittelsäule auf der Höhe mit dem ungeheuren weißen Bart, dem langen weißen Haar und dem schwarzen Sammtmützchen, dem altdeutschen Rock und dem weit herausgeschlagenen weißen Hemdkragen — wer könnte es sein, als die Ruine des alten Jahn, des Turnermeisters? Auch ein Preuße, mit etwas deutschem Anflug, sitzt dort auf der äußersten Rechten, die stattliche Gestalt des Besitzers zahlreicher Güter in Vor- und Hinterpommern, das eifrige Mitglied des preussischen Gustav-Adolph-Vereins und des Vereinigten Landtags, der es aber in der Paulskirche weder als Redner, noch als Parteimann, zu einer vorragenden Stellung bringen konnte, obgleich er einen Namen

trägt, der in die Ruhmesgeschichte Preußens verwebt ist — es ist der Graf Schwerin. Nicht weit von ihm sitzt ein anderer Graf von seiner leichtbeweglicher Gestalt, Landwirt wie jener, aber auch ein bekannter politischer und national-ökonomischer Schriftsteller, der Prager Graf Deym. Und dort in der Mitte sitzt ein jüngerer Graf, schlicht und geistvoll, der vollstümliche Dichter Muersberg, der unter dem Namen Anastasius Grün seit siebenzehn Jahren in Oesterreich die Lerche der Freiheit war, und doch zeigt sein Angesicht gerade jetzt die Täuschung mancher Hoffnung. Fast neben ihm bewegt sich lebhaft ein markiger Kopf, nach innen freisinniger als nach außen, Protestant und im ultramontanen Münchner Ministerium Ministerialrat und Lehrer des jetzigen Königs, grundgescheit und praktisch, humoristischer Redner — es ist der Professor von Hermann. Gerade über von ihm — das ist auch ein Gelehrter von München, aber seit achtzehn Jahren mehr in der Türkei, in Asien und Afrika wohnhaft, als in München, oder in seinem heimatlichen Weiler in den Bergen Tirols. Man weiß nicht, ist das Geistvolle oder die morgenländische Bildung seines noch im vorgerückten Alter schönen Kopfes anziehender — es ist der berühmte Reisende des Orients, Fallmerayer. Auf der andern Seite drüben interessiert gleichfalls ein leiblich und geistig schönes Haupt, Servinus, der sein organisierte von Bekkerath, der fleischige kurzhaflige, berlinisch-wikige, behagliche v. Vincke, dem das Wort nie ausgeht, mit den kleinen Augen und dem lebhaften Kolorit der kräftigen Backenknochen. Vincke, wie Bekkerath und anderen, schadete in der Paulskirche der berlinisch übertriebene Auf ihrer Beredsamkeit, der ihnen vorausgegangen war: viele, die anderes, mehr Festigkeit der Form und mehr von der Größe des Gedankens in beiden Rednern erwarteten und suchten, als diese gaben und geben konnten, fanden sich getäuscht, trotz hoher Vorzüge, die jeder von beiden hatte. Bei Vincke trat der Mensch nicht ein in das Wort, es fehlte die Hoheit des Gemüths und die Wahrheit der unverrückten Grundsätze. Bei Bekkerath vermischte man die durchschlagende Kraft, bei ihm sprach der Mensch, aber mehr der Ästhetiker, als der Politiker; auch ihm fehlte jene Allgewalt der Begeisterung, die auf der Rechten keiner, auf der Linken nicht bloß einer hatte, und die den letztern den politischen Seherblick so oft gab. Da saßen nacheinander die wissenschaftlichen oder litterarischen Namen: Göllich, Stenzel, Wedekind, Hildebrand, Droysen, Waiz, v. Raumer, Zacharia, Blumröder, Bernhardt, Tellkamp, Eschard, Hagenmüller, Wischer, Zeittels, Kolb, v. Linde, v. Lindenau, die Brüder Moriz und Robert Mohl, Mathy, Welcker, Nauwerck, eine der interessantesten Physiognomien; Heinrich Simon, Wagner, Wippermann, Biedermann, Beseler, v. Meyern, Arndt, Jaup, Mevissen, Deiters, Philipp, Döllinger, Beda Weber, Gfrörer, Buß, v. Reben, Schubert, Archer, Freese, Hagen, Moriz Hartmann, Ruge, Wilhelm Schulz, Günther, Karl Vogt, Rossmähler, Heubner, Simson, Künzberg, Ludwig Uhland und Jakob Grimm; und dieser letztere, welch schönes klassisches Haupt, das jeden Künstler herausforderte, hatte er! Und wie viele andere in diesem oder jenem Fach namhafte Männer überschaute da das Auge! Wie viele Männer, deren Name als Volksvertreter oder Vaterlandsfreunde seit zehn, zwanzig, dreißig Jahren in den Zeitungen hundertmal genannt, durch ganz Deutschland gefeiert waren, die Männer aus Sachsen und Hannover, aus Hessen und Nassau, aus Baden und Mecklenburg, aus Württemberg und Bayern, besonders aus jenem ein Kern des Strebens und Leidens für die Volkssache. Hüben und drüben frappten oder interessierten malerische Gestalten, stämmige, urkräftige Söhne des Schwarzwaldes, wie Kuenger und Buß, vorzeitartige, wie der gediegene und joviale Reinhard aus Mecklenburg — so müssen die Teutonen aufgetreten sein, deren bloßer Anblick den Römern Furcht einjagte. Deutschfranzosen wie Raveaux und Zell, selbst Ludwig Simon; deutschslavische wie Kollaczek, echt deutsche, wie der als Greis noch jugendliche Mohr, wie der jüngere Schwarzenberg. Andere ausgezeichnete Namen waren kurz da, und verschwanden wieder

bald aus der Paulskirche, wie Paul Pfizer, Wirth, Janiczewsky und Liebelt; andere kamen erst später, wie Julius Fröbel, Temme, Rant und viele so! Der Personenwechsel war stark.

Der Physiognomiker, der in Menschengesichtern geübt war, konnte leicht unterscheiden, was zur äußersten Linken und Rechten gehörte, aus den andern heraus, nicht so leicht beide unter sich; denn beide äußersten Parteien waren, wenn sie in der Paulskirche anwesend, ein überwiegend ernster, düsterer Kreis, nicht der Gesamtheit, aber der Mehrzahl nach; nur war die äußerste Rechte in Masse schweigsam, die äußerste Linke bloß in Einzelnen. Wer nach staatsmännischen Physiognomien suchte, der fand eine



von Schmerling.

Nach einer Lithographie von Scherle 1848. Deutsche Nationalgalerie.

olche nicht sowohl in dem Grafen Arnim, als in dem Ritter von Schmerling, dem letzten Bundestagspräsidenten, in dem Mann mit dem nüchternen, kalten Gesicht, mit dem Mäskchen, das verborgenen Sinn weissagt, über das nichts hinläuft, weder die Röte der Begeisterung, noch die Blässe des Zorns, und woran auch nichts hängen bleibt. Das Gesicht ist glatt wie eine Marmorwand und der ganze Mann ist glatt; die Erscheinung ist höflich, ob man gleich weiß, daß er niemals bei Hof gewesen ist; sie ist energisch ohne Feuer, zähe und verschlossen, so dünn, so klein, so fein gebaut sie ist. Diese Freundlichkeit kann Heinrich Gagern gewinnen, aber keinen Linken. Diese sagen: das ist der Mann,

Schlingen zu legen und Pläne zu machen, verschmigt, kaltblütig, ein Künstler in der Verstellung und darum so zuversichtlich. In der That war Schmerling der Mann, der in Frankfurt ganz deutsch that und gleich darauf in Wien zu den Wienern sagte, daß er immer zuerst Österreicher und dann erst Deutscher sei. — Man sah ihm an, er grübelte und rechnete nicht voraus, er war genießender Wiener und leichten Sinns, aber er faßte die Dinge, wenn sie an ihn herankamen, blitzschnell ins Auge, sah ihnen ins Auge, ging ihnen auf den Leib, und wurde ihrer Meister; aber nicht aus persönlichem Mut, und darum nur dann, wenn er sah, daß die Übermacht von Mitteln gegen fast mittellose Gegner den Sieg vornherein ihm in die Hand gab.

Der Raum, worin diese Versammlung tagte, war noch geschmackvoller und glänzender ausgeschmückt, als im Vorparlament; die blendend weiße hohe Kirche zeigte jede Figur in hellem Lichte, und die riesenhaften Fensternischen waren mit grünem Tuch verhängen, und über dem Bureau des Präsidiums waren die roten Vorhänge prachtvoll geworden.

Keinen Tag waren die oberen Galerien mäßig voll; selbst in den Tagen wo nur abgestimmt wurde, brachen sie fast unter dem Gedränge der Zuhörer, die beim Namensaufruf der Abgeordneten jede Abstimmung sich merkten, und bald laut, bald leise kritisierten. Unten waren große Räume für die Zuhörer abgeteilt, hart an den Bänken der Abgeordneten; rechts vom Bureau und links faßten diese Zuhörergalerien die Versammlung wie mit zwei mächtigen Armen; oft drängten sich gegen tausend Zuhörer hier zusammen, Herren und Damen, deren Galerien jedoch von einander abgeschieden waren. Nach der Rechten hin, geradeüber vom Präsidium, war die sogenannte Diplomatengalerie. Da sah man die Gesandten von Frankreich und England, von Rußland und Nordamerika, von Königen und Fürsten jeden Rangs, wie sie die Geburt und das Wachstum einer deutschen Nation belauschten und überwachten, und um sie her die Banquiers von Frankfurt, die Börsenmänner, auch viele von auswärts. Stundenlang harrten oft innen jetzt und jetzt wieder außen an der unmittelbar der Paulskirche gegenüber liegenden Börse die Männer der großen Geldgeschäfte auf eine Abstimmung in der Nationalversammlung, wie auf eine Entscheidung über Leben und Tod. Mehr als einmal sollen auch Mitglieder dieser Galerie, wenn durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt wurde, mit aufgestanden sein, als wären sie Mitglieder der Nationalversammlung. Einmal, in dem entscheidendsten Augenblick, wurde das nachher mit Beweis erhoben, und mit Namensnennung ohne Widerspruch von der Tribüne verkündet.

Zunächst an ihnen, da sah man die Aristokratie Frankfurts, der umliegenden Fürstenstädte und was von Fremden noch Karten für die einzelnen Sitzungen erlangen konnte; denn alle unteren Galerien waren nur mit Karten zugänglich. Die damals schon in drei Linien vollendeten Eisenbahnen brachten von drei Seiten täglich viele Auswärtige; und eine große Zahl Fremder, oft aus weitester Ferne her, hatte über die Dauer des Parlaments bleibend seinen Sitz in Frankfurt genommen. Auf dieser Seite, vorn in der ersten Bänkereihe, wie oben auf der Galerie, saß die Mehrheit der Journalisten, die in Hunderte von Blättern, selbst in französische und englische, über die Sitzungen berichteten.

Schon auf dieser Galerie waren einige Reihen Bänke für die Damen abgeteilt. Der Fürst Lichnowsky hatte es bei dem Präsidium herausgeschlagen, daß ein Teil dieses Raums, welcher der Rechten und äußersten Rechten gerade vor Augen lag, dem schönen Geschlecht zur Benützung freigegeben wurde.*) Aber nur wenige Damen setzten sich auf

*) Er — der leichtfertige Don-Juan, war auch oft selbst auf dieser Gallerie zu finden. Zu vgl. die S. 256 folgende Karikatur. D. Verf.

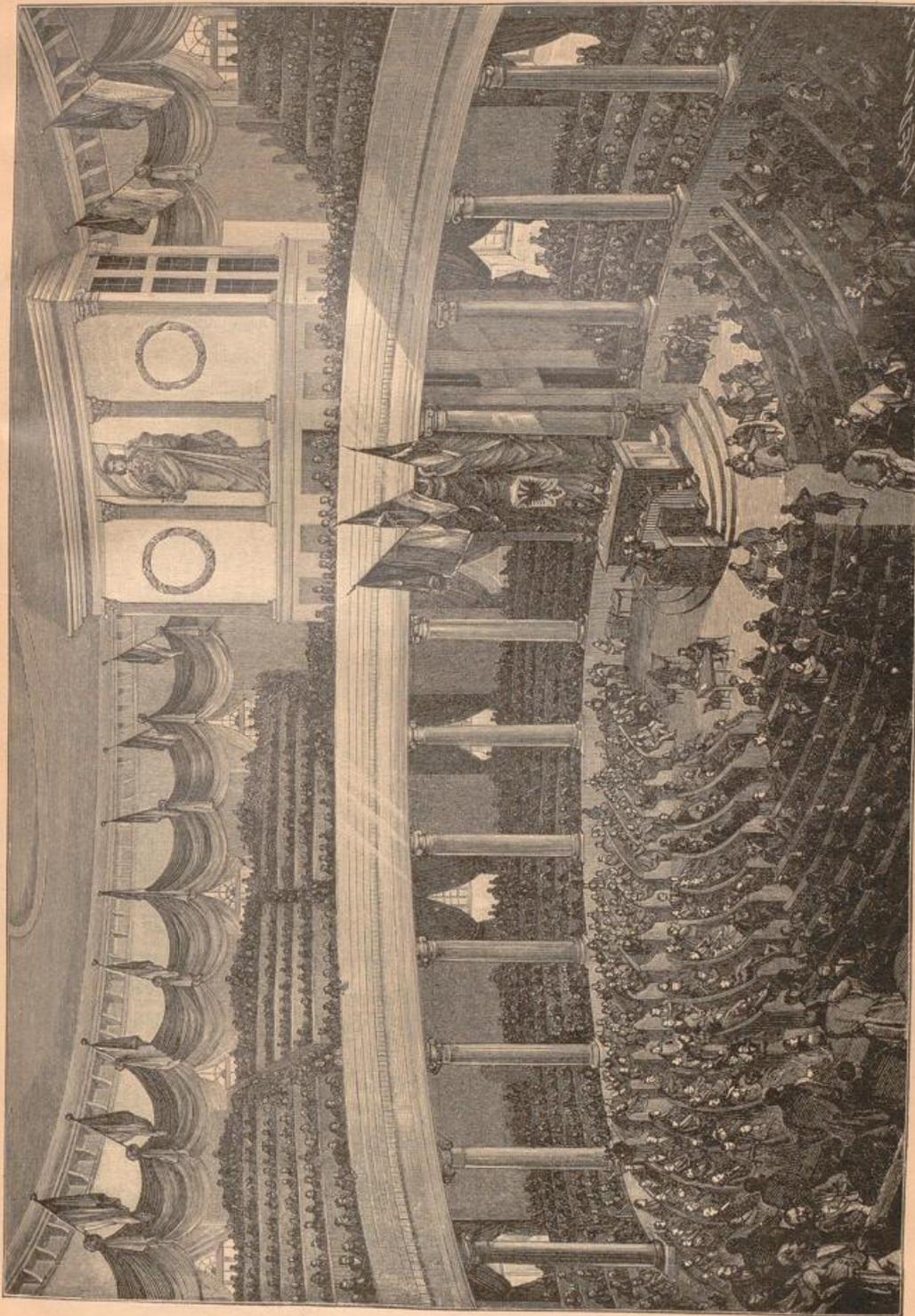
die Rechte; nur wenn die anderen ihnen zugewiesenen Räume an einzelnen Tagen über-
voll waren, zogen sie sich zum Teil rechts hinüber. Die Meisten zogen es vor, vier und
fünf Stunden lang links zu stehen, als rechts zu sitzen. Eine kleine Galerie über dem
Haupte des Präsidiums war fast ausschließlich von solchen Damen besucht, welche rechts
gestimmt waren, und zwar österreichisch rechts, denn als später die Trennung zwischen
österreichischem und preussischem Patriotismus eintrat, sah man Damen, die bis dahin
jenes Galeriechen täglich besucht hatten, einigemal sogar von Kopf bis zu Fuß schwarz-
weiß aufgeschmückt, nur auf der Linken Platz zum stehen oder zum sitzen suchen. Die
eigentliche Damengalerie war nämlich links. In der Geisterschlacht, wo Hunderte zu-
sammen stritten und zusammen wirkten, und die Gedanken, wie Schwerter, oft wie zwei-



Mumm. Gräfin Berg. Fürst Wichnowsky. Meteler.
Auffeher: „Meine Dame, dieser Bissler darf nicht hier oben bleiben, denn hier herauf dürfen nur Damen.“
Damen: „Nun seyen Sie nur ruhig, wir haben ihn ja nicht mit heraufgebracht, er lauft uns von selbst nach.“
Auffeher: „Geht mich nichts an, es muß überhaupt einmal Ordnung auf der Galerie werden, er muß
herunter, es paßt sich nicht!“

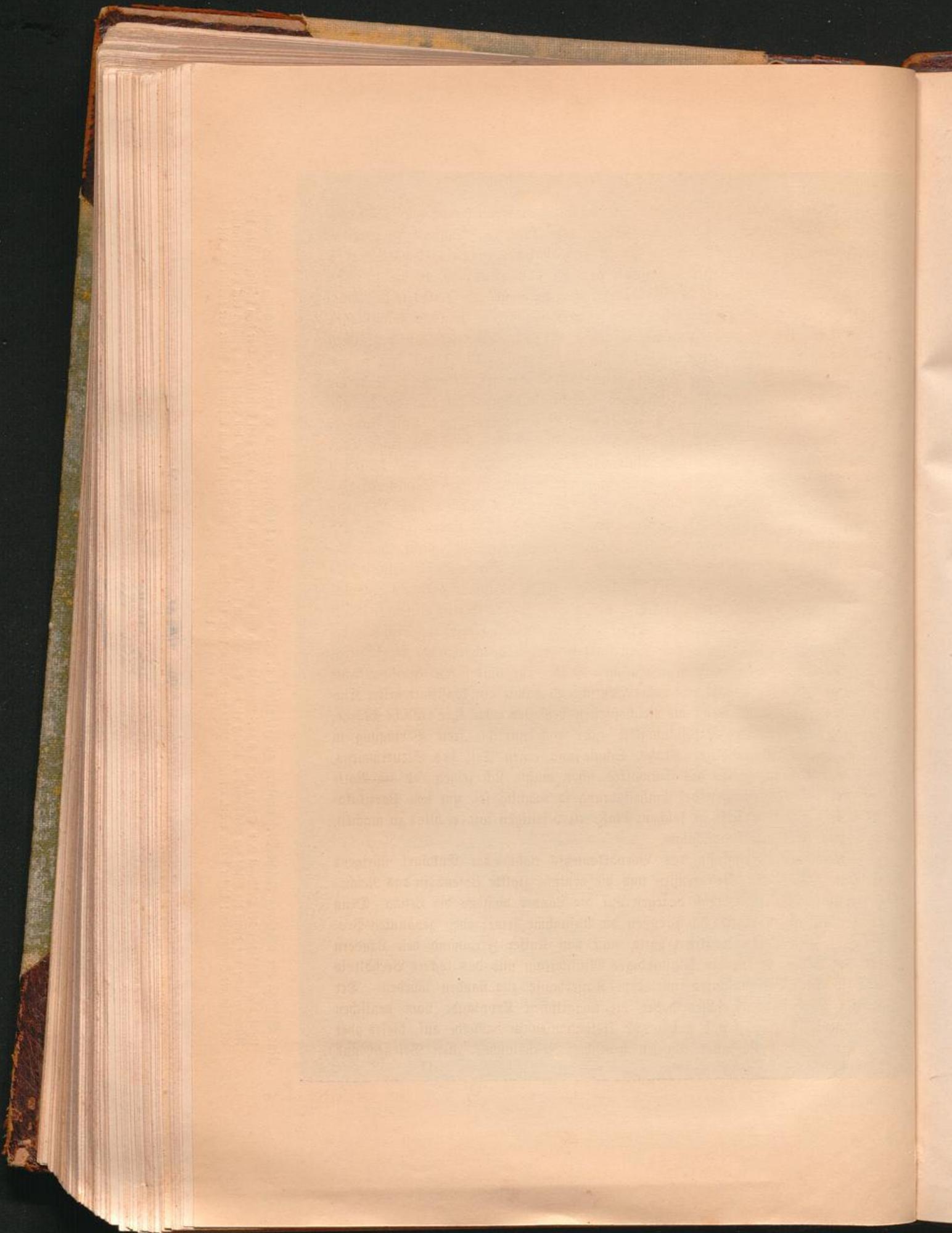
Karikatur aus dem Parlament, 1849.

schneidige, aufeinander schlugen, standen und saßen die Frauen in fünf Bänkreihen, die
links vom Bureau bis hinauf zu dem sogenannten Berg der äußersten Linken sich zogen,
und ihre Herzen glühten und kämpften mit und folgten jedem Ausfall eines ihrer Lieb-
linge, und oft reichten sie, zwar keinen Kranz, aber Blumen und holdestes Lächeln, sogar
Händedruck, dem Sieger; denn so nahe schlang sich diese untere Galerie der Damen,
wie eine bunteste Guirlande, an der Linken hin.



Eine Sitzung der deutschen Reichs-Versammlung zu Frankfurt a. M. 1848. Nach einer Lithographie von E. G. May; Originalzeichnung von J. S. Bamberger.

Unter dem Reichsadler der Präsidial- u. v. Gögern mit den zwei Vierkräftigen von Solron und von Andrian, nebst zwei Sekretären. Vor dem Präsidientisch die Medientribüne; vor dieser die Tische der Stenographen, seitlich die der Sekretäre. In der ersten Bühnereihe zwischen den Säulen und zunächst dem Präsidientisch die Plätze der Journalisten; hinter diesen, rechts, reservierte Plätze für Damen, links, reservierte Plätze für Herren; daran aufsteigend, hinter der zweiten und dritten Säule von links das diplomatische Corps.



Wir sahen, daß das Vorparlament den Bundesreformentwurf des „Siebener-Ausschusses“ nicht durchberaten, sondern dem künftigen deutschen Parlament überwiesen hatte (s. o. S. 213). Einen ganz ähnlichen, nur eingehenderen Verfassungsentwurf hatten inzwischen die Siebenzehner, d. h. die 17 Vertrauensmänner, mit denen der Bundestag schon während der Schrecken des März sich umgeben hatte, ausgearbeitet. Diese wertvolle Arbeit stammte hauptsächlich aus der Feder des Germanisten Eduard Albrecht — wie der bescheidene Mann dem Verfasser dieses Werkes, seinem Schüler, 14 Jahre später vertraulich mitteilte. Doch hatte auch Dahlmann, der mit Albrecht s. B. an der Spitze der Göttinger Sieben gestanden, wesentlichen Anteil an dem Werke, und da er der Berichterstatter der Siebenzehner und deren Wortführer beim Bundestage war, so trägt das Werk bei allen Darstellern der Geschichte jener Tage nur Dahlmanns Namen. Der Entwurf stellte an die Spitze des künftigen deutschen Reiches: ein erbliches Kaisertum mit verantwortlichen Ministern; ihm zur Seite ein Oberhaus, gebildet aus den regierenden Fürsten und 161 von den Kammern gewählten Reichsräten, sowie ein aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehendes Unterhaus. Kriegswesen, Diplomatie, Handels-, Zoll- und Verkehrsweisen sollten lediglich Sache der Reichsgewalt sein. Das ganze Reich bildete ein einziges Zollgebiet. Alle Truppen der Einzelstaaten treten zu einem Reichsheer zusammen, dessen Offiziere der Kaiser ernannt, indem er zugleich über alle Festungen verfügt und die Garnisonsorte der Truppen bestimmt. Für die Regierung der Einzelstaaten werden durchgreifende Vorschriften oder Regeln erlassen, auch dem deutschen Volke sehr umfassende Freiheitsrechte verbürgt. In der Hauptsache wäre Deutschland damit ein konstitutioneller Einheitsstaat geworden. Denn die Reichsfürsten behielten zwar ihre erbliche Würde, die freien Städte ihre Selbständigkeit, aber doch nur die freie Verfügung in Bezug auf Gericht, Polizei, Kirche, Schule und einen Teil des Steuerwesens. Bei dem Bekanntwerden des Entwurfes schon mußte sich zeigen, ob im Volke und bei den Regierungen der Einheitsdrang so mächtig sei, um den Partikularismus, den Sondergeist, in solchem Maße zu beseitigen und rechtlos zu machen, wie dieser Entwurf beabsichtigte.

Nach dem Beschlusse des Vorparlaments nahm der Entwurf übrigens Schleswig, Ost- und Westpreußen und die deutsche Hälfte Bosens in das Reichsgebiet auf. Von Österreich dagegen nur die Länder dieffseits der Leitha. Denn an demselben 11. April, da Preußen die Aufnahme seiner eben genannten Provinzen in den Bund beantragt hatte, war von Kaiser Ferdinand den Ländern der ungarischen Krone ein selbständiges Ministerium und das lockere Verhältnis einer bloßen Personalunion mit dem Kaiserhause zugestanden worden. Der Siebenzehner-Entwurf schied daher die ungarischen Kronlande vom deutschen Reichsgebiet ganz aus und nahm nur Cisleithanien in dasselbe auf, dieses aber mit der Verpflichtung aller übrigen deutschen Reichslande: allen Gesetzen und

Befügungen der deutschen Reichsgewalt sich unterzuordnen, dem deutschen Zollgebiet beizutreten, die Hälfte des österreichischen Heeres zum Reichsheer zu stellen. Nach den österreichischen Kundgebungen seit dem 24. März war sonnenklar, daß der Herrscher Österreichs sich diesen Bedingungen nicht unterwerfen würde, selbst wenn man ihm die deutsche Kaiserwürde übertrüge. Der Entwurf der Siebzehner bedeutete also nichts anderes, als das Ausscheiden Österreichs und die Erhebung des Hauses Hohenzollern auf den deutschen Kaiserthron.

Schon unter den Siebzehnern erregte dieser Entwurf heftigen Widerspruch. Der bayrische Vertreter weigerte sich, an der Beratung teilzunehmen. Der österreichische, Herr v. Schmerling, behandelte das Machwerk ironisch als ein Erzeugnis unpraktischer Professorenweisheit. Der Bundestag, an den der Entwurf gleichwohl mit kleiner Mehrheit von den Siebzehnern verwiesen wurde, fand ihn durchaus ungeeignet zur Besürwortung und Beschlußfassung, und ließ ihn in den Akten eines Ausschusses verschwinden. Die deutschen Fürsten waren sämtlich empört über die Zumutung, daß sie im Oberhause mit 116 ihrer Unterthanen zusammensitzen sollten. Die radikale Presse endlich tobte, trotz der demokratischen Grundrechte und des idealen allgemeinen Wahlrechts, die der Entwurf enthielt, gegen das preussische Erbkaisertum.

Diesen abfälligen Urteilen gegenüber, war den Urhebern und Freunden des Entwurfes doppelt erfreulich die warme Zustimmung, die der Prinz von Preußen in einem an den Gesandten v. Bunsen gerichteten Briefe aussprach. (Wir folgen dabei Sybel, a. a. O. I, 162/167.) Zugleich bekannte sich der Prinz entschieden zum konstitutionellen System. Fast nur gegen die übertriebene Beschränkung der Regierungsrechte der Einzelstaaten und die unwürdige Stellung, die den deutschen Fürsten im Oberhause zugebracht war, richtete er seine Bedenken. Den Entwurf im Ganzen aber hielt er für eine großartige Erscheinung, ein Meisterwerk an Klarheit, Gediegenheit und Kürze. „Darin zeigt sich eine Auffassung der neuen deutschen Verhältnisse, die nur aus echt deutschem Herzen entsprungen sein kann, und die Anerkennung des Gesamt Vaterlandes verdient“, schrieb er. Der Gegensatz dieses einfach-klaaren Geistes und Charakters zu seinem königlichen Bruder trat selten so schneidend hervor, als in dem Verhalten Beider zum Siebzehner-Entwurf. Schon kurz zuvor hatte nämlich König Friedrich Wilhelm dem englischen Prinzgemahl Albert eine Skizze des Bildes gesandt, das des Königs wunderfame Einbildung von dem künftigen deutschen Reiche sich ausmalte. Wer das las, mußte sich schon damals ernstlich fragen, ob dieser Geist noch gesund sei? Denn nach der Königs-Phantasie sollte Deutschland auch fernerhin nur ein Staatenbund, kein Bundesstaat sein, trotz dieses losen Gefüges aber einen Fürsterrat und ein Parlament besitzen. Der Kaiser dürfe nicht gewählt werden, nicht einmal auf Zeit, „sondern ein für allemal müsse der Kaiser von Österreich als „Ehrenhaupt teutscher Nation“ römischer Kaiser werden; unter ihm stehe ein auf Lebenszeit gewählter teutscher König als höchste

Reichsobrigkeit, geführt wie weiland zu Frankfurt im Conclave des alten Bartholomäus-Doms, dort acclamiert durch das Volk, dann gesalbt und gekrönt, wenn katholisch, durch den Erzbischof von Köln, wenn protestantisch, durch einen zu ernennenden Erzbischof von Magdeburg als Primas Germaniae“.

Dieses Traumbild sandte der König, jedenfalls in der Meinung ein herrliches Kunstwerk geschaffen zu haben, auch an Dahlmann, und zwar gerade im Augenblicke, als Dahlmann den Siebzehner-Entwurf zum Abschluß brachte. Darauf begleitete Dahlmann die Übersendung seines Werkes mit einer ehr-



Friedrich Christoph Dahlmann.

Nach einer Lithographie von F. Siekmann, 1848. Deutsche Nationalgalerie.

erbietigen, aber eindringlichen Widerlegung des königlichen Planes. Doch der König blieb unerschütterlich. Ja, er enthüllte noch einige neue Blüten aus dem Treibhause seiner Phantasie. Wenn der Kaiser von Österreich mit der ihm unbedingt zustehenden deutschen Kaiserwürde nicht zufrieden wäre, ließ er Dahlmann wissen, so müßte dem Kaiser auch die ganze Regierungsgewalt im deutschen Reiche übertragen werden. Dann würde sich der König von Preußen mit

dem „Amte eines erblichen Reichserzfeldherrn“ über die außerösterreichischen Truppen Deutschlands begnügen; die Kontingente der Mittel- und Kleinstaaten aber würden in sechs „Reichswehrherzogtümer“ eingeordnet, an deren Spitze immer ein König, Kurfürst oder Großherzog — d. h. mit andern Worten immer ein mittelstaatlicher Gegner Preußens! — stehen müsse. Als dann Dahlmann nochmals die Notwendigkeit des preussischen Erbkaisertums nachwies, blieb der König unerschütterlich — wie fast immer, wenn er auf falschem Wege war — und bemerkte am Schlusse, er glaube gar nicht, daß die deutschen Fürsten ihm die Kaiserwürde anbieten würden; unterstehe sich aber das Volk zu einem solchen Anerbieten, ohne oder gegen die Fürsten, so müsse man mit Kanonen antworten!

So stand das Häuflein Derer, die schon bald nach der Demütigung der preussischen Krone in den Berliner Märzkämpfen den bewunderungswürdigen Mut besaßen, dem Könige, der sich dort ohne Not so tief gebeugt hatte, die künftige deutsche Kaiserkrone anzubieten, zu eben diesem Fürsten, dem geborenen Träger des nationalen Einigungswerkes, und gerade in den Tagen der Eröffnung des deutschen Parlaments. In Bayern und Österreich aber hatte der durch Dahlmanns Entwurf in Wut geratene Partikularismus sich nicht mit einer runden Ablehnung begnügt, wie König Friedrich Wilhelm, sondern in Bayern hatte König Max, nach einem tragikomischen Gepolter über das Frankfurter Machwerk, unter seinem eigenen Vorsitz einen Gegenentwurf ausarbeiten lassen, der an Stelle des Erbkaisers ein je sechsjähriges Direktorium setzte. In diesem sollten sämtliche Reichsfürsten nach einem festen Turnus abwechselnd herrschen. Das Reich blieb dabei ohnmächtiger wie nach der Bundesakte von 1815, und das Beste an diesem wunderlichen Plane war seine Unausführbarkeit. In Österreich vollends war der Widerstand gegen die Frankfurter Einheitsbestrebungen nicht bloß Regierungssache, sondern auch Herzenssache des Volkes. Wien fürchtete, zu einer Provinzialstadt des Reiches hinabgedrückt zu werden. Die Industriellen jammerten, daß sie, bei Einverleibung in das deutsche Zollgebiet, den Zollschutz gegen die überlegene deutsche Einfuhr verlieren würden. Die begeistertsten Märzpatrioten entdeckten jetzt, daß sie doch „zunächst Österreicher seien, und dann erst Deutsche“. Der Ministerpräsident, Graf Ficquelmont, hätte seine Österreicher am liebsten gar nicht zum deutschen Parlament wählen lassen. Aber dann hätten die hoshafte Frankfurter Preußenfreunde ja rufen können: Österreich habe sich bereits freiwillig vom Reiche losgesagt. So ließ er denn wählen, sorgte aber dafür, daß Österreich nur tüchtige „Großdeutsche“, d. h. Feinde jeder straffen deutschen Einheit, namentlich jeder preussischen Vormacht nach Frankfurt entsende. Wir werden diese „Großdeutschen“ aus Österreich noch näher kennen lernen. Endlich brachte die amtliche Wiener Zeitung am 21. April einen Ministerialerlaß des Inhalts: „daß die Regierung sich die Prüfung jedes Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vorbehalte, und keinen anerkennen werde, der mit den Interessen Österreichs und dem Charakter eines Staatenbundes nicht

im Einklang stehe.“ Bald nach dieser prahlerischen Erklärung ging freilich auch dem Grafen Ficquelmont vorläufig der Atem aus. Denn am 15. und 26. Mai erlebte die Regierung in Wien neue Revolutionstage, unter deren Eindruck der kaiserliche Hof nach Innsbruck entfloß und das österreichische Ministerium abermals, wie im März, nur zum willenlosen Sprachrohr und Werkzeug der Wiener Straßendemokratie hinabsank. So vermochte Österreich dem Frankfurter Parlament vorerst durchaus nicht zu imponieren. Immerhin gehörte aber der ganze Schwung der damaligen Volksbegeisterung dazu, um unter so ungeheuren Schwierigkeiten den Bau des deutschen Einigungswerkes zu beginnen und an der Hoffnung des Gelingens festzuhalten.

Wer hätte an diesem Gelingen aber wohl zweifeln mögen, an jenem sonnigen 18. Mai 1848, da ganz Frankfurt, ja ganz Deutschland in begeistert gehobener Stimmung den Zusammentritt der ersten deutschen Nationalversammlung als Festtag des deutschen Volkes beging, und nun die Abgeordneten, entblößten Hauptes, von dem alten Kaiserjaale des Römers, unter Glockengeläut und Kanonendonner, durch die herrlich geschmückten Straßen Frankfurts und dicht gedrängte jauchzende Volksmassen der Paulskirche zuschritten. Unter dreimaligem Hurrah erklärte sich die Versammlung hier für konstituiert, und der Alterspräsident Dr. Lang aus Verden, der sich in den hannoverschen Verfassungskämpfen Verdienst und Ehre erworben, eröffnete die Versammlung mit der Verlesung — eines Glückwunsches des Bundestages an die „neue Größe“. Dieser Glückwunsch sollte nach der Meinung des Bundespräsidialgesandten, Herrn v. Schmerling, wahrscheinlich die Stelle einer Thronrede vertreten. Denn irgend eine Vorlage hatten die Regierungen dem Parlament durch den Bundestag nicht



Die Paulskirche. Sitz der deutschen Nationalversammlung.
Nach einer Zeichnung von F. Bamberger, 1848.

gemacht. Auch kein Vertreter der Regierungen begrüßte die Versammlung persönlich bei deren Zusammentritt. Ja, der Bundestag hatte, wie wir sahen, sich nicht einmal über den Entwurf seiner siebenzehn Vertrauensmänner geäußert. Nicht mit Unrecht urteilte Dahlmann später über dieses Verhalten: „Die Bundesversammlung sprach sich selbst ihr Todesurteil, indem sie über die Verfassung der Siebzehn, die ihr seit Wochen (seit dem 26. April) vorlag, kein Urteil wagte, ihr eigenes Verhältnis zur Nationalversammlung mit keiner Silbe bezeichnete, sich begnügte, dem Parlament einen völlig inhaltsleeren Glückwunsch zuzuschicken. Das hieß die Versammlung herausfordern, ihre Machtvollkommenheit unbedingt festzustellen.“ Begreiflich, daß das Parlament diese leere Höflichkeit entgegennahm, ohne sie zu erwidern.

Die Verhandlung, die sich an dieses Schreiben knüpfte, — die erste der Paulskirche — war, bei der schwächlichen Leitung des Alterspräsidenten Lang, eine ungeordnete, tumultuarische. Am folgenden Tage aber, am 19. Mai vormittags, nachdem schon Gagerns feste Hand die Versammlung leitete, bestieg Benedey die Rednerbühne und verkündete: in der tumultuarischen Sitzung des Vortages habe ein Mann an Benedeys Stelle gestanden, der ungehört, weil unerkannt, dieselbe habe verlassen müssen, ein Mann, der kein anderer gewesen, als der ehrwürdige Ernst Moritz Arndt. Da ging durch die Abgeordneten und die Galerien freudigste Bewegung, deren Verlauf ein Augenzeuge und Mitglied der Paulskirche, Biedermann, also schildert (a. a. O. S. 280):

Allgemeiner Ruf: „Arndt auf die Tribüne!“ Als bald erschien die kräftige gedrungenere Figur des greisen Arndt mit dem von Gesundheit blühenden Gesicht unter den schneeweißen Haaren, auf der Rednerbühne. Er sprach wenige aber tiefbewegte Worte. „Er komme sich vor“, sagte er, „wie ein altes, gutes, deutsches Gewissen“. Unendlicher Jubel unterbrach ihn. Und als er dann fortfuhr: „Wer an die Zukunft seines Volkes glaubt“ — da ward dieser Jubel so stark, daß Arndt, zu Thränen gerührt, die Tribüne verließ. Darauf bestieg diese ein Zeit- und Leidensgenosse Arndts, der Turnvater Jahn, und forderte die Versammlung auf, dem alten Arndt den Dank des Volkes auszusprechen für sein so oft gesungenes Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Dem fügte ein anderer Abgeordneter, v. Siron, den Unterantrag bei: Wenn erst die Frage, „was Deutschland sei“, keine Frage mehr sei, wenn sie durch das Werk der Nationalversammlung die rechte Antwort gefunden habe, dann solle Vater Arndt seinem trefflichen Liede einen Vers mit dieser Lösung hinzufügen.“ Die Versammlung stimmte dem mit lautem Händeklatschen und freudigem Ruf bei. Und so war die erste Sitzung des ersten deutschen Parlaments durch die Erinnerung und gleichsam Anknüpfung an die große Zeit der Erhebung Deutschlands von 1813, die in der Person Arndts verkörpert schien, auf die würdigste Weise eingeweiht.

Arndt trat dann später in den Verhandlungen der Paulskirche so wenig hervor wie Jahn. Letzterer aber, in dem die Linke sehr mit Unrecht einen Gesinnungsgenossen, ja einen Republikaner erwartet hatte, erwies sich in seinen Privatgesprächen und seinen Abstimmungen gerade als einer der entschiedensten Gegner der Revolution und Republik, so daß er von der Linken mit besonderer

Abneigung behandelt und als „Scharfrichter“ der Republikaner verspottet wurde; eine hiefür zeugende Karikatur folgt nachstehend. In den Frankfurter Septembertagen von 1848 kostete ihm diese Feindseligkeit der revolutionären Volksmassen, wie wir sehen werden, fast das Leben.

Wir nehmen nach dieser Abschweifung den Faden der Erzählung wieder auf.



Fahn, der Demokratenvertilger. Karikatur aus dem Parlament 1848.

Der Bundestag erhielt am nämlichen 19. Mai noch eine deutliche mittelbare Antwort auf seinen Glückwunsch — durch die Vorgänge in der Paulskirche. Denn an diesem Tage wählte die Versammlung Heinrich von Gagern für die nächsten Wochen zum ersten Präsidenten, mit allen außer 85 Stimmen,

welche die Linke für v. Soiron abgab, da dieser im Vorparlament die Volkssouveränität verkündet und den Fünzigerausschuß geleitet hatte. Gagern aber bewies sofort in der feierlichen, von allgemeinstem Beifall begleiteten Ansprache, mit der er sein hohes Ehrenamt antrat, daß er über die Machtvollkommenheit der Versammlung nicht anders denke als v. Soiron. Denn er sagte:

„Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation (Stürmischer Beifall). Den Beruf und die Vollmacht, dieses Verfassungswerk zu schaffen, hat die Schwierigkeit in unsere Hände gelegt, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, daß es auf anderem Wege zu Stande kommen könnte. Die Schwierigkeit, eine Verständigung unter den Regierungen zu Stande zu bringen, hat das Vorparlament richtig vorgefühlt, und uns den Charakter einer konstituierenden Versammlung vindiziert. Deutschland will Eins sein, regiert vom Willen des Volkes, unter der Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch den Staaten-Regierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung. (Lebhafter wiederholter Beifall).“ (Stenogr. Bericht Bd. I. S. 17. Diese amtliche Quelle ist auch im Übrigen bei Darstellung der Verhandlungen des Parlaments vorzugsweise benützt.)

Gagern (geb. 1799) kann als wahrer Typus der großen Mehrheit des Parlaments bezeichnet werden. Seine hohe imponierende Gestalt, das männlich-bedeutende und durchgearbeitete Antlitz, die lebhaften Augen unter mächtigen Brauen, die tiefe klangreiche Stimme und das edle, hinreißende Pathos seiner seltenen Reden, verliehen seiner Erscheinung den bedeutendsten Eindruck unter allen Abgeordneten. Viele nannten ihn damals „den mächtigsten Mann Deutschlands“.

Der völlige Mangel an Regierungsvorlagen machte sich unangenehm fühlbar, namentlich das Fehlen eines Verfassungsentwurfes, so daß die Versammlung ihre wichtigste Aufgabe, die Beratung des Verfassungswerkes, erst fünf Wochen nach ihrem Zusammentritt beginnen konnte. Während dieser fünf Wochen arbeitete der Verfassungs-Ausschuß des Parlamentes — in den die hervorragendsten Führer und Köpfe aller Parteien gewählt wurden — einen neuen Verfassungs-Entwurf aus. Auch zahlreiche andere Ausschüsse: der Prioritäts- und Petitionsausschuß, der völkerrechtliche Ausschuß, die Ausschüsse für Marine-, für Wehrangelegenheiten, für Gesetzgebungsarbeiten, für Schul- und Kirchensachen, endlich für Volkswirtschaft, sorgten reichlich für die Ausfüllung etwaiger Arbeitspausen des Parlaments. Natürlich haben diese Ausschüsse nicht alle mit gleicher Tüchtigkeit gearbeitet. Der Volkswirtschaftsausschuß z. B., unter dem Vorsitz des trefflichen Staatsrechtslehrers v. Rönne, befließigte sich einer so ergöglichen Vielseitigkeit „volkswirtschaftlicher“ Anregungen, daß er verdienstermaßen dem Stift der Karikaturenzeichner und der Satire der Wigblätter versiel. Ein Bildchen dieser Art liegt unserm Werke an.

Doch auch die Ereignisse und die Stellung wie die Aufgabe des Parlaments — sein „Beruf“, wie Gagern am 19. Mai gesagt hatte — boten der Versammlung in den fünf Wochen, ehe es an die Beratung der Verfassung

207

Aufruf

einiger Vaterlandsfreunde an ihre Mitbürger.

(Abdruck aus der Breslauer Zeitung vom 14. April 1848.)

Theils das Ungewohnte der jetzigen Zeitverhältnisse, theils daß der Kern der Nation mit Berufsgeschäften überhäuft und bisher gewohnt war, Sachen, die das Staatswohl betreffen, von den Behörden vollziehen zu sehen, machen es erklärlich, daß die Stimme der Gesetz und Ordnung achtenden Bürger des Landes nur einzeln erklingen sind; doch die Zeit ist gekommen, wo es zur heiligen Pflicht jedes Einzelnen wird, seine Meinung und Ansicht auszusprechen, und wir fordern hiermit unsere Mitbürger auf, wenn sie unsere nachstehenden Ansichten theilen, ihre Zustimmung durch Namensnennung in öffentlichen Blättern kund zu thun und so dazu beizutragen, daß wir wieder Vertrauen zu uns selbst fassen.

1. Wir wünschen die Macht der Bureaucratie gebrochen, **aber** wir wollen und fordern, daß das Gesetz und die Ordnung überall auf das Kräftigste gehandhabt werde, und zwar nicht, wie es bisher geschehen, von Aufwieglern des Volkes, sondern von den Behörden, die bisher bestanden und die, bis sie durch andere, durch den Wunsch der allgemeinen Volksvertretung ersetzt, in der vollen Kraft ihrer Amtsautorität bleiben müssen; denn stammen diese Beamte nicht aus dem Volk? haben in ihnen, wenn sie auch bisher einem anderen System dienen mußten, nicht auch die allgemeinen Wünsche des Volkes geschlummert? gewiß, sie fühlen es, wie wir, daß eine neue Sonne über Preußen und Deutschland aufgegangen. Sollten sich Einzelne dieses Gefühls nicht bewußt werden, gut, so entferne man sie, jedoch auf gesetzmäßigem Wege.

2. Wir wünschen Verminderung des stehenden Heeres und Erweiterung des Landwehrsystems, da ein Militärstaat auf die Länge der Zeit das Land verarmen würde, **aber** wir theilen nicht die Gehässigkeit gegen das Militär, sondern erkennen in ihnen unsere Söhne und Brüder, und es lebt in uns die feste Ueberzeugung, sie werden den alten Ruhm der preussischen Krieger eben so in einem constitutionellen Staat bewahren, als früher in dem absoluten.

3. Wir wünschen, da das Abhängigkeitsverhältniß der Landgemeinden gegen die Domänen nicht mehr zeitgemäß ist, daß dasselbe in allen seinen Theilen gelöst werde und Jeder selbstständig neben dem Anderen stehen, **aber** wir wollen, daß dies im Wege des Gesetzes geschehe und nicht auf dem der Willkür.

4. Wir wünschen das Loos der Arbeiter durch staatliche Einrichtung und Erziehung verbessert und sie bei den Volks-Deputirten vertreten, **aber** wir wollen den irregulären Arbeitern einiger großer Städte nicht das Recht eingeräumt wissen, sich eine Macht anzumassen, welche schon in völlige Despotie ausartet und welche, weiter fortgesetzt, die Arbeiter verhungern und die Arbeitgeber zu Bettlern macht.

5. Wir wünschen eine auf die breitesten Grundlagen gestützte constitutionelle Verfassung, **aber** wir wollen

keine Republik, welche uns unvermeidlich in den Abgrund eines Bürgerkrieges stürzen würde.

6. Wir wünschen **gleiche Rechte** für alle Staatsbürger und keine Bevorzugungen irgend welcher Art, **aber** um so mehr wollen wir uns nicht von einigen fantastischen, durch Eigenliebe und Eitelkeit geleiteten Menschen, die von einer augenblicklich erregten Menge gestützt, uns ihre Ansicht als Volksstimme aufdringen will, ins Verderben führen lassen und ihnen zu Liebe die Kultur und den Wohlstand des Landes aufs Spiel setzen.

7. Wir wünschen Vereinfachung der ganzen Staatsmaschine und Ausbau einer Gemeindeverfassung in Verwaltung und Recht, **aber** wir wollen dies von dem gewählten Organ des Landes bestimmen lassen und es nicht der Willkür einzelner Agitatoren überlassen.

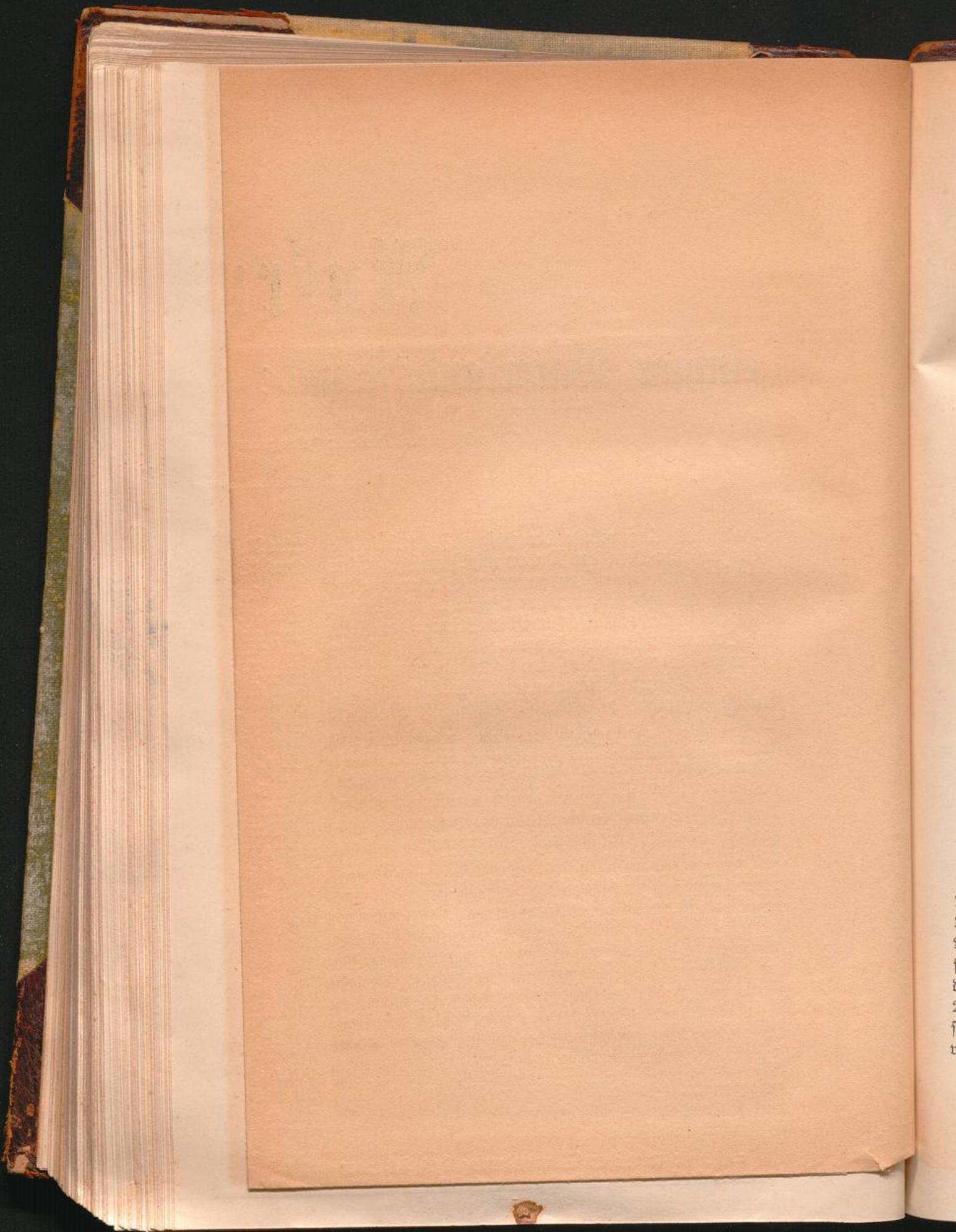
8. Wir wünschen Pressfreiheit, **aber** wir wollen nicht, daß die Presse selbst eine Censur übe, willkürlicher als die abgeschaffte.

9. Wir wünschen eine Wiederherstellung Polens nicht allein aus Rücksichten der Humanität, sondern auch zu unserem eigenen Vortheil, jedoch mit der größtmöglichen Berücksichtigung und respektive Anschließung der in Polen befindlichen, von Deutschen bewohnten Ländertheile, **aber** wir wollen keinen Krieg mit Rußland, und bei einer etwaigen Erhebung der Polen gegen Rußland völlige Neutralität des Staates. Der Einzelne möge helfen, wie es ihm beliebt, mit Waffen, Geld oder seinem Arm.

10. Wir erkennen, das frühere Rathgeber der Krone nicht sowohl das Volk, sondern noch mehr den König hintergangen, **aber** wir vertrauen dem Wort unseres Königs und haben die feste Ueberzeugung, daß derselbe nur das Wohl seines Volks beabsichtigt, wir setzen ihm bei seinem neuen Streben nicht Mißtrauen entgegen, um ihm dadurch den neubetretenen Weg zu verleiden, sondern wir schließen uns enger als je an ihn an und hegen die feste Hoffnung, daß wir so mit unserem Fürsten vereint, berechtigt sind, von der Zukunft Großes zu erwarten.

Zulezt drängt es uns, auszusprechen, daß wir für das Gebahren einer gewissen Partei — die sich die Hauptstadt zum Schauplatz ihrer Antriebe ausersehen hat — nicht allein gar keine Sympathien haben, sondern dieselben im höchsten Grade mißbilligen und uns vollständig zur Verfügung der Regierung stellen, um diesen in Plündern und Rauben ausartenden, Handel, Gewerbe, Ackerbau und Arbeit hemmenden und störenden Demonstrationen auf das Kräftigste, und wenn es sein muß, mit Gewalt Einhalt zu thun, da wir uns die höchste Freiheit nicht ohne Vereinigung mit Gesetz und Ordnung denken können.

Breslau, den 14. April 1848.



herantreten konnte, reichlichen Stoff zu wichtigen Verhandlungen. So hatte Raveaux schon am 19. Mai, bei Gelegenheit von Wahlprüfungen, darauf hingewiesen, daß Preußen, trotz der Abmahnung des Fünzigerausschusses, die verfassunggebende preußische Nationalversammlung gleichzeitig mit dem deutschen Parlamente einberufen und die Abgeordneten, die beiden Versammlungen angehörten, aufgefordert habe, nur eines der beiden Mandate anzunehmen. Er verlangte sofortiges Einschreiten des Parlaments dagegen; die Frage wurde aber, ihrer großen Wichtigkeit halber, auf den 22. Mai vertagt. An diesem Tage gelangte nur Raveaux zur eingehenden Begründung seines Antrags, den er nun dahin erläuterte und erweiterte: daß neben dem deutschen Parlament kein Einzellandtag sich mit Verfassungsfragen solle beschäftigen dürfen, damit nicht



Aus: Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.

zuvor ein Widerspruch mit der allgemeinen Reichsverfassung begründet werde. Damit wäre der Grundsatz der Souveränität des deutschen Parlaments allerdings in schneidendster Weise, bis zur zeitweiligen Vernichtung jeder selbständigen Verfassungsarbeit der Einzelstaaten für deren Gebiet, ausgesprochen worden. Aber gerade diese große Tragweite des Antrags Raveaux und der fernere Umstand, daß am 22. Mai nicht weniger als 17 Unteranträge einliefen, veranlaßte die Überweisung aller dieser Anträge an einen Sonderausschuß, der darüber am 27. Mai Bericht erstattete. Die Meinungen waren auch im Schooße dieses Ausschusses so geteilt, daß er keinen Mehrheitsantrag vor das Haus zu bringen vermochte. Die mehr rechts Stehenden (Bincke, Simson u. s. w.) schlugen, „in

dem begründeten Vertrauen, daß alle deutschen Staaten Deutschlands ihre mit dem deutschen Verfassungswerk in Widerspruch stehenden Verfassungsbestimmungen abändern werden," motivierte Tagesordnung vor. Andere wollten den Einzelstaaten die Aufhebung derartiger Bestimmungen zur Pflicht machen. Die der Linken angehörigen Ausschußmitglieder vollends (Schaffrath, Kolb, Moriz Hartmann) wollten alle Gesetze, Verfassungen und Verträge nur soweit als gültig anerkennen, als dieselben mit der künftigen Reichsverfassung übereinstimmten. In oft recht leidenschaftlichen Reden erhitzte sich die Versammlung fast den ganzen 27. Mai hindurch über und gegen die verschiedenen Ansichten, ohne zu beachten, daß Werner von Coblenz einen Vermittlungsantrag eingebracht hatte, der alle Hauptmeinungen geschickt versöhnte, indem er aussprach:

„Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu begründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.“

Schließlich aber wandten sich doch alle Redner diesem ebenso versöhnlichen, als in der Sache korrekten und entschiedenen Antrag zu; auch die Linke erklärte, daß sie dafür stimmen werde. Und in der That wurde er fast einstimmig angenommen. Da ging ein gewaltiges Hoch-, Bravo- und Hurrahrufen durch das ganze Haus, anhaltendes Händeklatschen erhob sich in der Versammlung und auf den überfüllten Galerien. Jeder fühlte sich gehoben durch diesen Beschluß, der noch einmal die Nationalversammlung zur souveränen Schöpferin der Verfassung erklärte.

Nicht minder aufregende Verhandlungen waren inzwischen durch blutige Vorgänge in Mainz veranlaßt worden. Seit Jahren gehörten in der Bundesfestungsstadt Mainz Reibereien zwischen dem rohen Pöbel, ja dem preußenfeindlichen Teil der Bürgerschaft und der preußischen Besatzung zur Tagesordnung, während man sich dort an den österreichischen Truppen, die doch keinesfalls höhere Mannszucht besaßen, als die Preußen, niemals vergriff. Jetzt aber hatte sogar die (gut demokratische, unter des radikalen Abgeordneten Zitz Oberbefehl stehende) Bürgerwehr der Bischofsstadt auf die Preußen Feuer gegeben. Da drohte der Vizegouverneur von Mainz, General v. Hüser, die Stadt zu beschießen, wenn die Bürgerwehr nicht binnen wenigen Stunden entwaffnet sei. Das Mittel wirkte; am Mittag des 22. Mai war die Entwaffnung vollzogen. Der Abgeordnete Zitz aber, dreifach gekränkt als Mainzer, als Demokrat und als Bürgerwehroberster, donnerte schon am 23. im Parlament gegen die preußischen „Ausnahmemassregeln“ und faßte seinen Grimm in Anträge zusammen, die Preußen einfach durch das caudinische Joch geschickt hätten, wenn sie angenommen worden wären. Die Nationalversammlung, auch die Linke, goß jedoch viel Wasser in seinen Feuertrank. Carl Vogt stellte den Antrag, eine

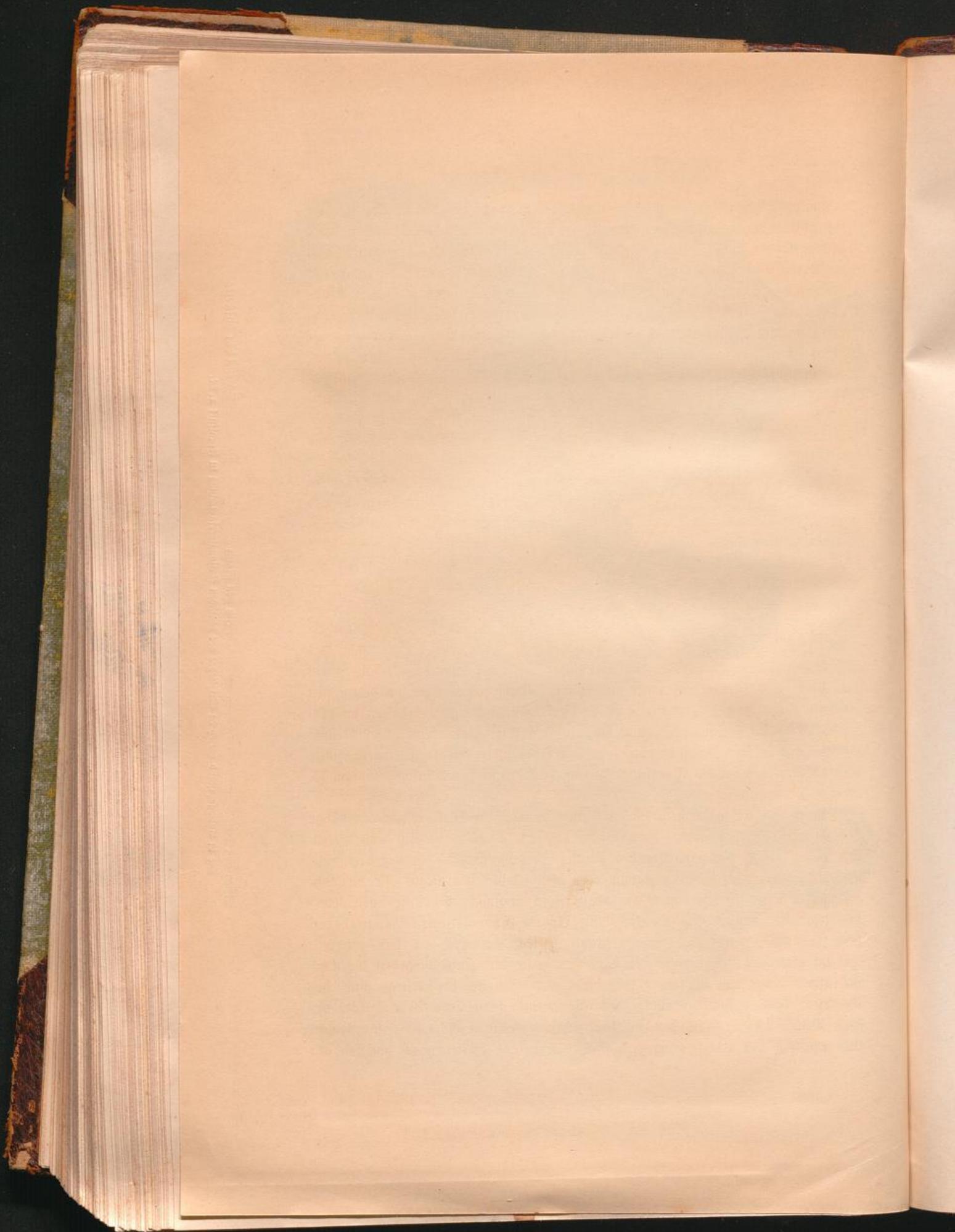


Simon von Trier.

Sig von Mainz.

Schloßel von Hirschberg.

Die in Auftrageaufwand verlegten Mitglieder der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.



Abordnung zur Untersuchung der Mainzer Verhältnisse dorthin zu senden. Er selbst, Blum und Hergenhahn wurden in die Abordnung gewählt. Hergenhahn erstattete am 26. Mai dem Parlament Bericht über die von der Abordnung ermittelten Ergebnisse. Danach schien die Schuld der Unruhen ganz auf Seiten der Bürger zu liegen. Denn von diesen waren nur 5 (davon 2 nur leicht) verletzt, während 4 preussische Soldaten getötet, 25 verwundet worden waren, darunter 3 durch meuchlerische Stiche in den Rücken! Daher ging der Antrag der Abordnung nur dahin: einen Teil der preussischen Besatzung zu verlegen und durch ein hessisches Bataillon ersetzen zu lassen, die Mainzer Bürgerwehr aber in Formen, die dem Festungsreglement entsprächen, durch ein hessisches Landesgeseß neu bilden zu lassen. Blum und Vogt schwiegen zu diesen Anträgen und durften daher als Zustimmungde gelten. Eine Minderheit der Abordnung war sogar für einfache Tagesordnung.

Diesen kläglichen Ausgang seines Vorhabens, die Mainzer Vorgänge zu benützen, damit sich das Parlament als revolutionärer Konvent aufspiele und durch tödliche Beleidigung der preussischen Waffenehre einen Konflikt mit Preußen heraufbeschwöre, hatte Biz nicht erwartet. Ungestüm wallte er auf. Abermals suchte er die Mainzer Wirren nur dem Übermut und der Zuchtlosigkeit der Preußen zuzuschreiben und erging sich dagegen im Lobe der dortigen österreichischen Besatzung. Ihm entgegnete aber Schmerling mit kühlster Ironie: er weise das Lob der Österreicher auf Kosten der Preußen durchaus zurück; seine Landsleute würden sich in gleicher Lage gerade so benommen haben, wie die Preußen, das hoffe er „zu ihrer Ehre.“ Weiter aber fügte er, mit scharfem Augenblick gegen den Mainzer Bürgerwehrobersten und in Enthüllung seiner eigensten geheimsten Zukunftspläne hinzu: „Mainz muß in Verteidigungsfähigkeit erhalten werden, da es demnächst bestimmt ist, auch uns in Frankfurt gegen feindliche Überfälle zu schützen.“ Vier Monate später, in den Frankfurter Septembertagen, sollte dieses Wort sich erfüllen. Wahrlich nicht zum Heil des großen deutschen Einigungswerkes der Paulskirche!

Nach Schmerling bestieg Robert Blum zum ersten Male die Rednerbühne des Frankfurter Parlaments und sprach die den Demokraten Biz aus diesem Munde vollends niederschmetternden Worte: „die Maßregel, die der preussische Befehlshaber getroffen, die Drohung der Beschießung der Stadt, ist vielleicht weniger geboten gewesen durch die militärische Stellung, als durch die Notwendigkeit, einer wilden und zügellosen Gewalt entgegenzutreten und sie in den wankenden Schranken zu halten, die noch da sein mögen“. Diesem ehrlichen Bekenntnisse der Wahrheit zollte die große Mehrheit der Versammlung lebhaften Beifall. Und trotz des Tobens der Ultras und der Galerien, fanden auch die Worte des schönen und schneidigen Aristokraten, der nach Blum die Tribüne bestieg, des Fürsten Felix Sichnowsky, brausenden Widerhall in der Versammlung, als er die innigen Beziehungen zwischen den

in Mainz ersehnten „roten Hosen“ und den landesverräterischen „roten Mützen“ hervorhob, die 1793 die Festung Mainz den Franzosen überlieferten, und als er dann rief: „Ist denn kein Abgordneter aus Schleswig hier, um dafür einzustehen, wie sich preussische Truppen benehmen?“ Weder Welckers noch Heckschers Vorschlag, das Parlament möge die fernere Schlichtung der Angelegenheit in die Hand nehmen, fand nun noch Zustimmung. Biz hatte durch sein Auftreten alles verdorben, zu siegesgewiß seine letzten Absichten enthüllt. Das Parlament wollte kein Konvent werden und keinen Konflikt mit Preußen heraufbeschwören. Mit großer Mehrheit nahm es den Antrag auf einfachen Übergang zur Tagesordnung an.

Die Verhandlungen des Parlaments, die sich an den Antrag Kaveaux und die Mainzer Vorgänge angeschlossen, waren vornehmlich die Ursache zu einer schärferen Gliederung und Scheidung der Parteien und Fraktionen der Versammlung, und diese Gliederung blieb eine Reihe von Monaten hindurch bestehen. Die Parteien und Fraktionen im Frankfurter Parlament nannten sich, zufolge eines damals allgemein angenommenen Brauches, nach den Örtlichkeiten, wo sie sich versammelten. Im „Steinernen Hause“, später im „Café Milani“, tagte die „äußerste Rechte“, zu der sich meist auch die Römisch-Kerikalen hielten. Diese Partei besaß daher zwei Häupter; ein protestantisches in v. Vincke, ein katholisches in v. Radowik. Sonstige hervorragende Mitglieder waren Graf Schwerin, Merk aus Hamburg, Grävell aus Frankfurt, Detmold aus Hannover, der bayerische Minister Beißler, Lassaulx aus München und Fürst Lichnowsky. Die „Rechte“, erst „Hirschgraben“, dann „Kasino“ genannt, hieß auch wohl die „preussische“ oder „die Professorenpartei“, nach den in ihr vorwiegenden Elementen. Sie stand im allgemeinen auf dem Standpunkt jenes Wernerischen Antrags (s. o. S. 266), erkannte aber zugleich die Berechtigung der „Stammeseigentümlichkeiten“ und wandte ihre Thakraft weniger gegen die Reaktion, als gegen die Anarchie. Sie war die stärkste und daher oft ausschlaggebende Partei, da sie wohl 150 Köpfe zählte, und besaß soviel ausgezeichnete Kräfte, daß ein einzelner Führer bei ihr nicht hervortrat. Ihr gehörten namentlich an: Bassermann, Mathy, später auch v. Soiron; die Professoren Georg Beseler, Dahlmann, Albrecht, Droysen, Duncker, Edel (aus Würzburg), Haym (aus Halle), Waiz und Zachariä (beide aus Göttingen); dann v. Beckerath, Heckscher, Hergenhahn, Jürgens (aus Braunschweig), Simson, Wippermann, Welcker, Lette (aus Berlin); endlich sogar Schmerling. Diese Partei nannte sich selbst am liebsten „rechtes Centrum“.

Das linke Centrum oder der „Württembergischer Hof“ zählte nächst dem „Kasino“ (rechtes Centrum) die meisten Mitglieder. Auch hier trat ein einzelner Führer nicht hervor, da die Talente und die Bedeutung vieler sich geltend machten: so die von Biedermann, Mittermaier, Robert v. Mohl, Prof. Zellkamp aus Breslau, Kieffer und Wurm aus Hamburg, Wydenbrugt, Zell aus

Trier, Werner aus Koblenz, Leue aus Köln, Kirchgeßner aus Würzburg, Giskra aus Wien. Im Juli trennte sich von dieser Partei eine Anzahl weiter links stehender Mitglieder als „gemäßigte Linke“ oder „Westendhall“, unter Führung von Raveaux und Heinrich Simon ab, ohne indessen an dem bisher befolgten Programm des „Württembergers Hofes“ etwas zu ändern: daß das Parlament selbständig die Verfassung schaffen müsse, ohne Vertrag mit den Regierungen, jedoch unter Berücksichtigung ihrer „Ansichten“. Diese Fraktion verstärkte sich durch einige bisherige Mitglieder der Linken, wie Hildebrand aus



von Radowiz.

Lithographie von Schertle nach Biows Lichtbild, 1848. Deutsche Nationalgalerie.

Marburg, Reh von Darmstadt, Benedey, die Schwaben Bischer, Schoder und Schott, Freudentheil aus Stade, v. Neben aus Berlin.

Die eigentliche Linke (oder der „Deutsche Hof“) hielt sich in ihrem Programm nicht bloß an die unmittelbare Aufgabe der Nationalversammlung, sondern daselbe umspannte den Kreis einer vollständigen Staatsordnung, und zwar im Sinne einer ziemlich strammen deutschen Staatseinheit und eines gründlichen Neubaus von unten. An der Spitze dieses Programms stand der

Grundsatz der Volkssouveränität, demgemäß allgemeines Wahlrecht, Übertragung der gesamten gesetzgebenden Gewalt an die Volksvertretung, eine verantwortliche, auf Zeit gewählte Vollziehungsbehörde, die Berechtigung Deutschlands wie jedes Einzelstaates, sich nach eigener Wahl als demokratischer Freistaat oder als „demokratische Monarchie“ zu gestalten. Zweiter Hauptgrundsatz der Partei war: vollkommenste Freiheit, deutsche Einheit — demgemäß das auf Volkswehr gegründete Heerwesen lediglich in den Händen der Reichsgewalt, Gleichberechtigung der Nationalitäten, eine neue Begründung des Unterrichts- und Steuerwesens und der Strafgesetzgebung, durchgreifende Verbesserung der sozialen Zustände. Robert Blum war das anerkannte Haupt des „Deutschen Hofes“, nach seinem Tode Karl Vogt. Zu den bedeutendsten Gliedern der Partei zählten noch Hststein und Christ aus Baden, die Sachsen Wigard, Rossmäßler und Eisenstuck, die Preußen Rauwerck, Löwe (Calbe) und Köppler (Als), Schüler aus Jena und Schilling aus Wien.

Gegen Ende Juni trennte sich von der Linken die äußerste Linke oder der „Donnersberg“, unter dem Panier: „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit“, und zwar in dem Sinne, daß nicht nur jeder Staat und jede Gemeinde, sondern auch jeder Mensch das Recht der Selbstbestimmung habe. Es war das jakobinische Glaubensbekenntnis der ersten französischen Revolution, dessen Durchführung jedes Staatswesen zur Auflösung bringen muß. Als Führer der äußersten Linken konnte Arnold Ruge angesehen werden; nach seinem Austritt der feurige Ludwig Simon aus Trier. Neben ihnen sind als die bedeutendsten Mitglieder zu nennen: die Badenser Brentano und Hagen (Professor der Geschichte in Heidelberg), die Sachsen Schaffrath und v. Trützschler, die Preußen Schöffel und Wesendonck, die Österreicher Berger und Wiesner, Julius Fröbel aus Rudolstadt, Zimmermann (der Verfasser der Geschichte der Revolution von 1848) aus Stuttgart und der bereits viel genannte Ziß aus Mainz.

Die Geschäftsordnung des Parlaments, die ein Ausschuß durchgearbeitet hatte, wurde am 29. Mai, auf die Mahnung Jakob Grimms: doch die Hauptsache, die Verfassungsarbeit, zu beschleunigen, in Vausch und Bogen angenommen; und am 31. Mai wählte die Versammlung auch ihren ordentlichen Vorstand (das „Bureau des Hauses“), die drei Präsidenten auf je 4 Wochen, die Schriftführer auf die ganze Dauer der Sitzungen. Als erster-Präsident wurde mit ungeheurer Mehrheit abermals Heinrich v. Gagern gewählt, der hierauf unter stürmischem Beifall erklärte, daß er in Folge dieser Wahl seinen Ministerposten in Darmstadt niederlege. Mit großen Mehrheiten wurden Soiron und der Österreicher Freiherr v. Andrian, einer der Vorläufer der dortigen Erhebung, zum Vizepräsidenten gewählt, zu Schriftführern aber Zuch (Frankfurt), Biedermann, Simson, Ruhwandel aus München, Feßer aus Stuttgart, und die Österreicher Rühl, Schuler und Möring.

Die bedeutendste Verhandlung des Parlaments in der ersten Hälfte Juni

betrifft die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte, mit einem vorläufigen Aufwand von 6 Millionen Thalern. Für den Marineauschuß erstattete Radowicz am 8. Juni Bericht, die Beratung fand am 14. Juni statt. Angesichts der Schutzlosigkeit der deutschen Küsten in dem deutsch-dänischen Kriege (von dem später die Rede sein wird), gegenüber der frechen dänischen Raubflotte, wurde die Notwendigkeit dieser neuen Schöpfung selbst von niemandem bestritten. Aber der radikale Österreicher Wiesner, der auch in Frankfurt der Losung folgte: „Erst Österreicher, dann Deutscher“, suchte die ihm unbequeme Stärkung Deutschlands hinauszuschieben bis zu „dem nahen Frieden mit Dänemark“, der freilich nur in Wiesners Einbildung „nahe“ war. Der wilde verbitterte Schlesier Schlöffel aber, eine der rohesten und widerwärtigsten Persönlichkeiten des Hauses — treffend nannte ihn der Parlamentswitz „die Reichshyäne“ — hielt diese Gelegenheit für passend, wuschäumend folgende Sätze in die Versammlung zu schleudern! „Das deutsche Volk hat seit 42 Jahren viel Blut verloren; suchen wir nur diejenigen auf, die das Blut verwahrt haben. Nehmen wir (die Mittel für die deutsche Flotte) von denjenigen Privilegierten, welche bisher alles aus dem Volke genommen haben“. Natürlich fand solcher Wahnsinn kein Gehör. Vielmehr wurden die Errichtung der deutschen Flotte und die dazu nötigen vorläufig 6 Millionen fast einstimmig bewilligt, mit dem Vorbehalt, daß die künftige Centralgewalt allein zur Verwendung der Summe berechtigt und zu deren Verrechnung verpflichtet sein solle.

Zweiter Abschnitt.

Die provisorische Centralgewalt. Der Reichsvertreter. Der Bundestag.

Die Bildung und Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt war in der That die dringendste und wichtigste Aufgabe, die das Parlament zu lösen hatte, ehe es an die Verfassungsberatung gehen konnte. Eine einstweilige Regierungsgewalt für die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten mußte alsbald geschaffen werden, damit das Volk die Nationalversammlung nicht selbst als diese Regierungsgewalt betrachtete und sie mit allerlei Anforderungen von der eigentlichen Hauptarbeit, der Verfassungsberatung, abzog. Darüber waren alle Parteien des Parlamentes einig. Weit auseinander gingen ihre Ansichten und Anträge aber bezüglich der Frage, wie diese so notwendige provisorische Centralgewalt zu bilden und einzusetzen sei. Wir stellen die unzähligen Meinungen und „Anträge“ in folgenden Hauptgruppen zusammen.*) Die äußerste Linke war

*) Benutzt sind für diesen Abschnitt hauptsächlich wieder die Stenogr. Berichte, dann „die Gegenwart“, a. a. D. S. 188/203, Blum, a. a. D. S. 340/58, Sybel, a. a. D. S. 173/185, Biedermann, a. a. D. S. 292/97.